

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 16 22.04.2016

forsa	Emi	nid	IfD Allensbach	GMS	FG Wahlen	infratest dimap		
Wähleranteile:		Union z	zwischen 35 % und	d 33 %, SPD zwiscl	hen 23 % und 21 %	6		
Wirtschaft:		Pessimistische Erwartungen überwiegen						
Allgemeine Lebenslage:		Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland						
Themen Bundesregierung:		Flüchtlingspolitik, Integration von Ausländern, Rentenpolitik						
Flüchtlinge:		Hälfte der Deutschen sorgt sich über Flüchtlingsaufnahme in Deutschland Bürger sehen weiterhin eher keine Fortschritte bei Bewältigung der Krise						
Wichtigstes Thema: Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik								
Anlage:		Zeitreih	nen					

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach ²	GMS³	FG Wahlen⁴ für ZDF	infratest dimap ⁵ für ARD
CDU/CSU	34 (-)	33 (-)	33,5 (-1,5)	35 (-1)	33 (-3)	33 (-1)
SPD	21 (-)	22 (-)	23,0 (-1,5)	21 (-)	22 (-)	21 (-)
FDP	7 (-)	6 (-1)	8,0 (+1,0)	7 (-)	7 (-)	7 (-)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-)	9,0 (-)	9 (+1)	8 (+1)	8 (+1)
B'90/Grüne	13 (-1)	13 (-)	11,0 (+1,0)	12 (+2)	14 (+2)	12 (-1)
AfD	11 (+1)	12 (+1)	10,5 (-)	11 (-3)	12 (-)	14 (-)
Sonstige	5 (-)	5 (-)	5,0 (+1,0)	5 (+1)	4 (-)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	1115.04.	1420.04.	0114.04.	1520.04.	1921.04.	1820.04.

Die Union liegt bei GMS 14 (-1), bei forsa 13 (-), bei infratest dimap 12 (-1), bei Emnid 11 (-), bei FG Wahlen 11 (-3) und bei IfD Allensbach 10,5 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Die FDP liegt beim IfD Allensbach bei 8 %. Dies ist der höchste Wert seit Mai 2010. Bei der Forschungsgruppe Wahlen liegen die Grünen bei 14 %. Dies ist der höchste Wert seit August 2013.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
Merkel	50 (-2)	
Gabriel	13 (+1)	
Erhebungszeitraum	1115.04.	

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 37 (-3) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

89 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 4 % (+1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 62 % (+2) für Merkel und 6 % (-1) für Gabriel entscheiden.

34 % (-1) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 40 % (+2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (24.04.2016)

² im Vergleich zur KW 11

³ im Vergleich zur KW 11

⁴ im Vergleich zur KW 14

⁵ im Vergleich zur KW 14

Problemlösungskompetenz Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern		
CDU/CSU	26 (-1)		
SPD	7 (+1)		
sonstige Parteien	12 (+2)		
keine Partei	55 (-2)		
Erhebungszeitraum	1115.04.		

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 19 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (-2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

65 % (-2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 30 % (-2) von ihrer Partei.

Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern		
besser	18 (-1)		
schlechter	42 (+3)		
unverändert	37 (-1)		
Erhebungszeitraum	1115.04.		

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 24 (+4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

Die Dinge entwickeln sich	forsa für BPA
eher in die	42 (+1)
richtige Richtung	
eher in die falsche Richtung	49 (-2)
<u> </u>	1115.04.
Erhebungszeitraum	1115.04.

Unter 30-Jährige (49 %) sowie Anhänger der Union (60 %), der SPD (50 %), der Grünen (47 %) und der FDP (46 %) sind mehrheitlich der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (49 % zu 28 %).

Für Geringverdiener (56 %) und 45- bis 59-Jährige (55 %) sowie für Anhänger der AfD (94 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

Wie zufrieden sind Sie?	(sehr) zufriede		weniger gar nic zufried	:ht
mit der Lebensqualität in Deutschland	87	(+1)	13	(-)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	66	(-2)	28	(+2)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	45	(-1)	51	(+2)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	43	(-5)	56	(+5)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	37	(+1)	58	(-2)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	33	(-6)	62	(+6)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	32	(-1)	66	(+1)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	30	(-)	66	(-)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	30	(-6)	68	(+7)
Erhebungszeitraum		111	5.04.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (87 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (66 %) (sehr) zufrieden. In sieben von neun Bereichen ist die Bevölkerung hingegen mehrheitlich weniger oder gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (64 %), der Union und der SPD (jew. 48 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (60 % zu 32 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (52 % zu 25 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (50 % zu 33 %). Ostdeutsche (64 %) sowie Anhänger der AfD (85 %) und der FDP (68 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

45- bis 59-Jährige (70 %), Ostdeutsche und Personen mit einfacher formaler Bildung (jew. 67 %) sowie Anhänger der AfD (85 %) und der Linkspartei (75 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der <u>Finanzlage</u> der öffentlichen Haushalte.

30- bis 59-Jährige (75 %) sowie Anhänger der AfD (86 %) und der Linkspartei (78 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung.

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	fors für BP	
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	42	(-3)
Ausländer/Integration	9	(+4)
Rente, Rentenpolitik	9	(+5)
Flüchtlingsabkommen mit der Türkei	3	(-1)
Böhmermann-Satire	3	(neu)
Panama Papiere	3	(neu)
Erhebungszeitraum	1115.	.04.

Die Flüchtlingspolitik ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die <u>Flüchtlingspolitik</u> wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der Union, der Grünen (jew. 49 %) und der FDP (47 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung nennen dieses Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (48 % zu 31 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (48 % zu 36 %). Ostdeutsche (29 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft mit der Flüchtlingspolitik.

Machen Sie sich Sorgen, dass so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	Emnid für BPA		
mache mir Sorgen	51 (-1)		
mache mir keine Sorgen	46 (-)		
Erhebungszeitraum	1319.04.		

40- bis 49-Jährige (57 %) sowie Anhänger der AfD (89 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung machen sich mehr Sorgen darüber als Personen mit hoher formaler Bildung (59 % zu 36 %).

Unter 30-Jährige (56 %) sowie Anhänger der Linkspartei (77 %), der Grünen (59 %) und der SPD (58 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.

Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	9	(+5)	20	(-3)
eher Nachteile	55	(-1)	36	(+2)
Vor- und Nachteile	30	(-3)	37	(+3)
gleichen sich in etwa aus	3	(0)	3,	(0)
Erhebungszeitraum	1319.04.			

Kurzfristig sehen 40- bis 49-Jährige (70 %), Ostdeutsche (65 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (63 %) sowie Anhänger der AfD (78 %) und der FDP (65 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch <u>langfristig</u> sehen besonders häufig Anhänger der AfD (76 %), Ostdeutsche (46 %), 40- bis 49-Jährige und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 42 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (29 %) sowie Anhänger der Linkspartei (57 %), der SPD (33 %) und der Grünen (42 %) überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Unter 30-Jährige sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen (kurzfristig: 36 %, langfristig: 45 %). Anhänger der Union meinen dies auch (kurzfristig: 41 %, langfristig: 56 %).

Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	Emnid für BPA		
eher voran	26 (+1)		
eher nicht voran	68 (-2)		
Erhebungszeitraum	1319.04.		

Anhänger der Grünen (49 %), der Union (44 %) und der Linkspartei (31 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise eher vorankommt. Personen mit hoher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit einfacher formaler Bildung (34 % zu 19 %).

Hingegen meinen insbesondere 30- bis 39-Jährige (77 %) sowie Anhänger der AfD (89 %) und der FDP (79 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise eher nicht vorankommt.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infrat dima für Bl	ар
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	49	(-)
Satire über Erdogan, Jan Böhmermann, Reaktion der Bundesregierung	28	(+6)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	7	(-)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	6	(+1)
Erhebungszeitraum	1819	.04.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Personen mit hoher formaler Bildung (36 %) sowie Anhänger der Grünen (43 %), der AfD (36 %), der Linkspartei (34 %) und der SPD (33 %) nennen das Thema "Satire über Erdogan, Jan Böhmermann, Reaktion der Bundesregierung" überdurchschnittlich häufig. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (34 % zu 16 %). Ostdeutsche, über 65-Jährige und Anhänger der Union (jew. 23 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.













































